

Herr Gleß führt einleitend aus, dass bei der Umgestaltung der Paul-Gerhard-Str. ein ungewöhnlicher Verfahrensweg gewählt wurde, der so im Gesetz nicht vorgeschrieben bzw. vorgesehen sei. Bei einem Ortstermin vor der Sommerpause mit umfassender Diskussion wurden alle Bedenken, Probleme und Anregungen aufgenommen. Damit sollte eine Planung erstellt werden, die alle Bedenken berücksichtige. Der Plan wurde in Sankt Augustin an drei verschiedenen Lokalisationen in einem Zeitraum von 4 Wochen ausgehängt. Die Verwaltung habe weitere Bedenken und Anregungen entgegen genommen und habe daraus ein Gesamtkonzept erstellt, welches aus der Sitzungsvorlage ersichtlich sei. Dieses Konzept wurde von Herr Gleß zur Diskussion freigegeben.

Herr Puffe sprach seitens der CDU-Fraktion im Namen der Bürger einen Dank an die Verwaltung aus, da die Vorgehensweise sehr gut aufgefasst wurde. Seiner Meinung nach war es besonders wichtig, dass der Schulweg berücksichtigt wurde sowie die Nahversorgung der älteren Bürger zu den verschiedenen Geschäften. Zugleich sollte auch die Erreichbarkeit der Geschäfte durch die PKW's erhalten bleiben. Das Ergebnis der Verwaltung wurde als bestmöglicher Konsens bezeichnet, der gefunden werden konnte. Auch deshalb, weil von den Änderungen noch einige eingeflossen sind, die seitens der Bürger Sinn gemacht hätten.

Herr Puffe plädierte dafür, die Maßnahme gemäß Vorlage umzusetzen und der Maßnahme im Ausschuss zuzustimmen.

Herr Schäfer war der Auffassung, dass die Maßnahme umgesetzt werden sollte, bedauerte es aber, dass es solcher verkehrslenkender Maßnahmen bedürfe, um den sogenannten „Schleichverkehr“ abzuhalten.

Herr Dr. Frank schlug vor, dass die Endfassung noch mal den Bürger bekannt gemacht werde, damit jeder wisse, womit zu rechnen sei.

Herr Gleß sagte zu, die Endfassung für einen bestimmten Zeitraum nochmals auszuhängen und teilte mit, dass so zügig wie möglich mit den Maßnahmen begonnen werden solle. Für das nächste Haushaltsjahr sollen dann die baulichen Maßnahmen in Angriff genommen werden.

Herr Schäfer bat darum, dass die Umsetzung so erfolge wie es im Beschluss dargestellt würde, wenn es keine begründeten Änderungsvorschläge gäbe.